

Schweizerzeit

Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit

«**Ja** zur Schweiz»



Langzeit-Sozialhilfebezug auf ewig?

2

Die Achillesferse der Elektroautos

14

Für alle Freunde der Freiheit

18



Auf ewig geduldet?

Langzeit-Sozialhilfebezug

von Barbara Steinemann, Nationalrätin, Mitglied der Sozialbehörde Regensdorf, Watt-Regensdorf ZH

Können Sie sich noch an Abu Ramadan erinnern? Der Imam aus Nidau bei Biel, der für den Tod aller Feinde des Islam betet, hat in seiner ordentlichen «Sozialhilfekarriere» in der Schweiz von Anfang 2004 bis Mitte 2017 stolze 600 000 Franken Fürsorgeleistungen bezogen.



Sozialhilfe nimmt eine absolut zentrale Funktion in unserem Staat ein. Deshalb ist sie im Grundsatz auch von niemandem bestritten. Sie war aber ursprünglich dazu gedacht, in Not geratene Personen vorübergehend zu unterstützen und wieder ins Erwerbsleben zurückzuführen.

Doch die Sozialhilfe-Kosten haben sich in der Schweiz innert zehn Jahren fast verdoppelt. 2010 gaben Bund, Kantone und Gemeinden 2,428 Milliarden Franken für Sozialhilfe aus. 2019 waren es bereits 3,947 Milliarden. Vor allem die Asylpolitik verursachte einen massiven Kostenanstieg, ihr Anteil hat in diesen zehn Jahren eine Steigerung um 128 Prozent erfahren.

Doch es ist gar nicht so einfach, die Frage zu beantworten, wie viele Personen und Haushalte schon seit Jahren und in ähnlichen Beträgen Unterstützung beziehen, denn die Zahlen werden durch Wohnsitz- und insbesondere Kantonswechsel der Bezüger verfälscht. Dennoch existieren dazu Zahlen:

Rund 47'700 Personen in 30'500 Haushalten sind im Kanton Zürich Bezüger von Sozialhilfe. Davon leben mehr als 10'350 Haushalte länger als seit drei, 6'230 Haushalte seit mehr als fünf und 2'200 Haushalte seit mehr als zehn Jahren von der Fürsorge, schreibt die Regierung auf eine parlamentarische Anfrage.

Gut integriert – ins Sozialsystem

Ähnlich legte im Kanton Basel-Stadt der Regierungsrat offen, dass Ende 2019 12'417 Bezüger gezählt wurden. Davon waren 4'061 Schweizer und 4'721 ausländische Staatsangehörige, beim Rest handelt es sich um fürsorgebeziehende Ehen mit beiden Passkategorien.

Im Zeitraum zwischen Januar 2010 bis Dezember 2019 wurden 17'350 Haushalte mit bis zu 200'000 Franken Sozialhilfe unterstützt, 1'399 Haushalte mit 200'001 bis 300'000 Franken, 517 mit 300'001 bis 500'000

Franken, und 48 mit 500'001 bis 700'000 Franken. Und in 1 Fall wurden über 700'000 Franken ausbezahlt.

Im Weiteren lässt uns der Kanton Basel-Stadt wissen, dass im Zeitraum von Anfang 2010 bis Ende 2019 895 Haushalte, davon 442 ausländische, seit drei bis fünf Jahren Sozialleistungen bezogen haben. 1'267 Haushalte, davon 667 ohne Schweizer Pass, waren seit fünf bis zehn Jahren fürsorgeabhängig, und 740, davon 287 Nicht-Schweizer, seit mehr als 10 Jahren. Das sind stets die Zahlen ohne Asyl- und ohne Flüchtlingsbereich.

Aufenthaltsbewilligung trotz dauerhaftem Sozialhilfebezug

Ausländer sind im Verhältnis rund dreimal so häufig von Sozialhilfe abhängig wie Schweizer. Zwar sehen unsere Gesetze vor, dass ihr Bleiberecht in Frage gestellt wird, wenn sie dauerhaft von Sozialhilfe abhängig sind. Doch die Zahlen dazu sind ernüchternd: Im Kanton Zürich verlieren nur die allerwenigsten wegen chronischen Sozialhilfebezugs ihre Aufenthaltsbewilligung: 2013 waren es 29 Personen, 2014 waren es 43, ein Jahr später 73, und 2016 waren es 105 Personen. Das ist, verglichen mit anderen Kantonen, sehr viel: Im Durchschnitt hat das Migrationsamt Basel-Stadt jedes Jahr etwa zehn Personen die Aufenthaltsbewilligung widerrufen. Im Kanton Aargau, wo bei mehr als 14'000 Sozialhilfebezüger etwas mehr als 50 Prozent Ausländer sind, wird pro Jahr nur ein bis drei chronischen Bezüger das Aufenthaltsrecht entzogen.

Nun profitierte Hassprediger Ramadan, der einst als Flüchtling den vollen Schutz unseres Staates genoss

roleto

BIKES & SPORT AG

**Das grösste Bike-Center
weit und breit**

- Reparaturannahme aller Marken
- Riesengrosse Auswahl
- Velo Bekleidung ab Fr. 20.–
- Textilstickerei – Tel. 044 784 80 67

Stark auf E-Bikes

8834 Schindellegi • Tel. 044 784 80 80 • www.roleto.ch

und heute wegen Rassendiskriminierung und Sozialhilfebetrugs intensiv die Justiz beschäftigt, von einer alten Regelung, die zwischen 2008 bis 2018 hierzulande Gültigkeit hatte: Die Niederlassungsbewilligung von ausländischen Personen, die sich seit mehr als fünfzehn Jahren ununterbrochen in der Schweiz aufhielten, konnte allein wegen übermässigem Sozialhilfebezug nicht mehr widerrufen werden. Angesichts des zunehmenden Drucks durch die steigenden Sozialhilfekosten, dem die Gemeinderechnungen ausgesetzt sind, hat das Bundesparlament diesen Passus abgeschafft, in der Hoffnung, Intensivbezügern damit einen Riegel zu schieben.

Lebenslanger Aufenthalts- und Fürsorgebezug als Menschenrecht?

Das hat die Armutslobby auf den Plan gerufen, denn der Wegfall des Schutzes jener Ausländer, die sich seit Jahren nicht selbst finanziell über Wasser halten können und nun um das Aufenthaltsrecht in der Schweiz fürchten müssen, bedroht zahlreiche gutbezahlte Stellen von Sozialarbeitern. Die Sozialindustrie ist deshalb darauf angewiesen, dass ein Recht auf lebenslangen Sozialhilfebezug und auf ewigen Verbleib in der Schweiz besteht. Der Interessenverband Skos, rot-grün geführte Städte wie Winterthur, die Beobachtungsstelle für Asyl und zahlreiche andere Interessengruppen flehten mittels Tränendrüsen-Fällen die

LACHEN VERBOTEN!



Bin ich noch Zürcher?

Ich bin nicht links, ich bin nicht schwul,
ich will keine Auto-freie Stadt,
ich bin gegen Parkplatzabbau,
ich bin gegen Auto-freie Quartiere
und gegen Tempo 30 in der ganzen Stadt.
Bin ich noch Zürcher?

(zugesandt von René Hildbrand)

Parlamentarier an, doch eine neue Regel zu schaffen, wonach niemandem nach zehn Jahren in der Schweiz das Anwesenheitsrecht in Frage gestellt werden darf. Vorläufig bleibt die gültige Regel, wonach jedem Nicht-Schweizer, der den Fürsorgestaat übermässig in Anspruch nimmt, die Aufenthaltsbewilligung entzogen werden kann.

Alle sind Härtefälle und dürfen bleiben

In den allermeisten Fällen bleibt dies jedoch Theorie. Und wo die Migrationsämter einen Entzug verfügen, wird dieser stets an die Gerichte weitergezogen. Dass die Wegweisung scheitert, hat ihre Gründe in höherem Recht, das unsere eigene Gesetzgebung dominiert

Fortsetzung auf Seite 5

**Wilhelm Tell akzeptieren
wir erst, wenn er sich als
«queer» outet.**

cartoonexpress.ch
Martin und Jürg Guhl





MEILENSTEIN

ARBEITEN ▼ ERLEBEN ▼ GENIESSEN ▼ SCHLAFEN



➤ EIN EINZIGARTIGES ZENTRALES ERLEBNISHOTEL

Das 4-Sterne-Hotel Meilenstein mit 85 exklusiven Doppelzimmern bietet eine inspirierende Szenerie für geschäftliche oder private Aufenthalte im Herzen der Schweiz.

- Diverse Restaurants lassen kulinarisch keine Wünsche offen
- Faszinierende Unterwasserwelt im Aquarium Langenthal
- Exklusives Fahrzeug- und F1-Museum mit Fahrzeugen aus aller Welt
- Bowling- und Billard-Freizeitspass für Private, Firmen und Vereine
- Eigenes Wellness- und Sportcenter für aktive Freizeitgestaltung



Loitzwilstrasse 66 | 4900 Langenthal | Tel 062 919 18 18
 info@dermeilenstein.ch | www.dermeilenstein.ch



KIDDY DOME



SWISS FAMILY CENTER

DIE GRÖSSTE INDOOR FAMILIEN- UND ERLEBNISWELT DER SCHWEIZ



WWW.KIDDYDOME.CH

KIDDY DOME SWISS AG | HAUPTSTR. 52 | CH - 4938 ROHRBACH | INFO@KIDDYDOME.CH | TEL. 062 919 60 00

– Personenfreizügigkeit, die Genfer Flüchtlingskonvention, die EMRK – und vor allem im schwammigen Begriff der «Unzumutbarkeit»: Angehörige in der Schweiz, eingeschulte oder hier geborene Kinder, Arztzeugnisse, kein Beziehungsnetz im Heimatland und Ähnliches wurden in der Rechtsprechung als Gründe zum Bleiben aufgeführt.

So sind dann alle Haushaltsmitglieder vor der Abschiebung geschützt, alle sind somit «Härtefälle!» Zumutbar ist dann aber für den Schweizer Steuerzahler, dass diese Leute endlos mit öffentlichen Geldern unterstützt werden.

Sozialhilfe für Importbräute

Die Genfer Flüchtlingskonvention verpflichtet uns, Personen, die über einen Flüchtlingsstatus verfügen, unabhängig von einer Sozialhilfeabhängigkeit Familiennachzug zu gewähren – dies im Gegensatz zu EU-Bürgern und Schweizern. Zahlen zur Frage, wie viele sozialhilfebeziehende Flüchtlinge ihre Familienangehörigen in die Schweiz holen durften, vermag der Bundesrat keine zu liefern – der Staat will das alles gar nicht so genau wissen. Der Blick in die Daten des Bundes ist dennoch aufschlussreich:

Auch letztes Jahr stammten die meisten neuen Asylgesuche aus Eritrea, nämlich insgesamt 1'917. Davon entfielen 1'173 auf Geburten, und 366 zusätzliche Eritreer holte der Schweizer Staat im Rahmen von Familienzusammenführungen in die Schweiz. Nur 211 Eritreer kamen via neu gestelltes Asylgesuch hinzu. Statt Entlastung in der Sozialhilfe heisst es für die Sozialkassen Neubelastungen! Insgesamt durften 2020 1'011 Familienangehörige anerkannter Flüchtlinge neu in die Schweiz einreisen.

Und so sind Ausweisungen faktisch unmöglich. Unsere Sozialwerke beruhen auf Solidarität und Eigenverantwortung und wurden einst für Schweizer Bedürfnisse geschaffen. Heute stehen sie jedem offen, der es in die Schweiz schafft. Die Kosten werden uns noch Jahrzehnte beschäftigen.

Barbara Steinemann



Ihr Inserat

in der Schweizerzeit:

Nehmen Sie mit mir Kontakt auf. Jederzeit und unkompliziert.

Markus Rezzonico
Inserate-Akquise
SVP-Delegierter
AUNS-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
markus.rezzonico@dietschi.ch

Gewaltentrennung: Gestorben!



Der Vorgang erregte Aufsehen: Im Februar 2020, nach den Landtagswahlen in Thüringen, wurde überraschend der FDP-Gegenkandidat gegen den seit Jahren regierenden Bodo Ramelow (Die Linke) zum Ministerpräsidenten gewählt – weil ihm neben FDP- und CDU- zusätzlich auch die AfD-Abgeordneten ihre Stimme gegeben hatten.

Die Wahl kam einwandfrei demokratisch zustande. Aber innert Stunden griff Bundeskanzlerin Angela Merkel drakonisch ein: Eine Wahl mit AfD-Stimmen komme unter gar keinen Umständen in Frage! Apodiktisch verlangte sie vom gewählten FDP-Mann, dem auch Merkels CDU zur Wahl verholten hatte, den sofortigen Rücktritt. FDP-Chef Lindner doppelte in untertänigem Gefolge Merkels nach. Und tagelanges Medien-Trommelfeuer auf den Gewählten blieb nicht aus. Bis der demokratisch gewählte, mit allen Machenschaften weichgekloppte FDP-Ministerpräsident frustriert aus dem Amt wich. Kommunist Ramelow, berüchtigt für seine lümmelhaften Ausfälle vor allem gegen bürgerliche Gegner, kehrte in sein Amt zurück – mit den Stimmen von CDU und FDP.

**Spalte
rechts**

Die AfD reichte Verfassungsklage ein. Das deutsche Bundesverfassungsgericht musste – eher gezwungen als gewollt – ein Verfahren eröffnen. Angela Merkel, die in die Thüringer Wahl intervenierende Bundeskanzlerin wurde vorgeladen.

Wie reagierte sie auf die Vorladung? Sie lud – gemäss ihrer Behauptung einer eingespielten Tradition folgend – eine Abordnung des Bundesverfassungsgerichts zu feinem Abendessen und «zwanglosem Meinungsaustausch» ins Bundeskanzleramt ein. Auch Richterinnen und Richter aus jener Kammer, welcher sich Merkel als Beklagte zu stellen hat, wurden eingeladen.

Und – noch unglaublicher: Das Bundesverfassungsgericht, eigentlich – vor allem in laufenden Verfahren – neutrale, über allen Streitpunkten stehende Instanz, nahm die Einladung an, liess sich von der Bundeskanzlerin, zurzeit Beklagte vor dem gleichen Gericht, verwöhnen und hätscheln. Die Gewaltentrennung – unabdingbare Voraussetzung für funktionierende Demokratie – ertrank in der Schmeichelstrategie der Bundeskanzlerin.

Das seit 1945 bürgerliche, scheinbar in Freiheit und Demokratie verankerte Deutschland: Hat es noch Lebenskraft?

Ulrich Schlüer

AUNS-Polittagung zum Thema «Souveränität»

Samstag, 28. August 2021, 10.30 Uhr
Bern, Mehrzweckhalle Kaserne

Kasernenstrasse 15, 3014 Bern

Der Bundesrat hat am 26. Mai 2021 entschieden, das Rahmenabkommen mit der EU nicht weiterzuverfolgen. Nebst technischen Differenzen (Arbeitsmarkt, Subventionen) stand gegen den Schluss – endlich! – die Frage der Souveränität im Mittelpunkt. Aber was ist Souveränität überhaupt? Und wie geht es jetzt weiter? Unsere Referentin und unsere Referenten gehen der Souveränität aus schweizerischer, deutscher und europäischer Sicht auf den Grund.

Unsere Referenten:



Dr. Christoph Blocher

alt Bundesrat und alt Nationalrat, Unternehmer, Gründungspräsident der AUNS:

«35 Jahre Wahrung der Unabhängigkeit: Wie weiter?»



Dr. Frauke Petry

Bundestagsabgeordnete:

«Das Ende der westeuropäischen Nationalstaaten. Was kommt danach?»



Dr. Thilo Sarrazin

Volkswirtschaftler, Autor:

«Inhalt und Grenzen staatlicher Souveränität in der europäischen Gegenwart».



Prof. Dr. Christoph Mörgeli

Historiker, alt Nationalrat, AUNS-Vorstandsmitglied:

«Vom Wesen der schweizerischen Souveränität»

AUNS
ASIN
ASNI

Jetzt anmelden!

Telefon: 031 356 27 27

info@auns.ch, www.auns.ch



Anmeldung erforderlich!

Pandemie-Schutzmassnahmen: Gemäss Weisungen der Behörden und Eigenverantwortung.

Linke füttern Linke

#fcknzs #fcksvp

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

Linke finanzieren mit Steuergeldern Linke. Von Gesetzen und Grundsätzen lassen sie sich dabei wenig stören. Beispiel: Netz-courage.



Der Verein «Netzourage» von Jolanda Spiess-Hegglin stellt sich gemäss Eigenwerbung «de-zidiert und aktiv gegen Hassrede, Diskriminierung und Rassismus im Internet». SP-Bersets Gleichstellungsbüro finanziert das Projekt der linken Ex-Politikerin mit 192'000 Franken, obwohl keine gesetzliche Grundlage dafür erkennbar ist. Das Gleichstellungsbüro hat den Auftrag, die Gleichstellung der Geschlechter in allen Lebensbereichen zu fördern. «Netzourage» hat mit Gleichstellung allerdings wenig bis nichts zu tun.

#fcknzs #fcksvp

Geld fliesst dennoch reichlich. Und dies obwohl die Geschäftsführerin Spiess-Hegglin sich zwar «aktiv gegen Hassrede im Internet» einsetzen will, selber aber gerne austeilt. So veröffentlichte sie (von der ebenfalls grosszügigst sponsernden Fachstelle für Rassismus als «qualifizierte und differenzierte Fachperson» bezeichnet) ein Foto mit #fcknzs #fcksvp (= Fuck Nazis, Fuck SVP). Und sie ist seit Jahren Mitglied einer berühmten Facebook-Gruppe «Anti SVP – Stoppt den Wahnsinn», wo täglich Hass geschürt wird. Und als ihre Intimfeindin, die Journalistin Binswanger, von Linksextremen auf einem Bild virtuell geköpft wurde, drückte Spiess-Hegglin spontan auf den «Like»-Knopf. SVP-Kantonsrat Claudio Schmid warf sie vor, vorbestraft zu sein. Dieser ging vor Gericht – worauf Spiess-Hegglin ihren Tweet eiligst löschte und sich später mit einem nicht sehr differenzierten «Hautschnurre» revanchierte.

«Wir möchten nicht wieder einen Adolf»

Weitere Äusserungen der staatlich finanzierten Hasskämpferin sind: «Ich finde schon lange, dass Rassisten im Falle einer Hospitalisation ein Abteil im fensterlosen Heizungsraum des Krankenhauses im 3. Untergeschoss belegen sollen.» Oder: «Perlen aus Blocheristan haben Euren Like verdient.» (über eine primitive Hetz-Seite). Oder: «Nicole Müller-Boder ist aber vor allem Täterin.» (über eine SVP-Politikerin). Und ebenso: «Heldin» (über eine SP-Politikerin, welche dem Nebelspalter ein Arschloch-Bild geschickt hatte). Und weiter: «Da ist eine satte Arschlochprämie im Lohn inbegriffen.» (über Weltwoche-Journalisten). Und schliesslich: «Wir küren das Arschloch des Monats. @weltwoche-Alex ist in Führung», sowie «Schmierfinken» (über Kritiker).

«Alte weisse Säcke»

«Aber ich werde selbstverständlich auch weiterhin menschenverachtenden #Rassisten und #Sexisten virtuell die Fr**** polieren», «alte weisse Säcke» (über die SVP des Kantons Zürich), «hilflose Geiferposts» (sei das einzige, was «arme, alte, weisse Männlein» von sich geben könnten), «innerlich zerfressene Typen» (hätten sie angezeigt), «#Nazisraus» (über die SVP), «geistig Unbewaffneter», «du bist ein armer mensch, glarner», «Am Ende des Tages bleibt er aber das A*», «Wir möchten nicht wieder einen Adolf» (alles über «Wutbürger» Andreas Glarner), «Elen-der Troll». Das Konterfei von SVP-Nationalrat Köppel schmückte sie mit einem Hitlerschnäuzchen, was sie urkomisch fand.



Geschäftsführerin von Netzourage malt Hitler-Schnäuzchen und findet es lustig

Millionenfilz

Es gibt in der Schweiz wohl Dutzende solcher Gruppierungen, welche von Mitte-Links staatlich alimentiert werden. Wir haben es mit der in der Schweiz üblichen – und offenbar tolerierten – millionenschweren Form von «Filz unter linken Genossen» zu tun. Wird sich hier etwas ändern? Dass sich Spiess-Hegglin ändern wird, ist jedenfalls nicht zu erwarten. Die aktuelle Äusserung auf die Kritik an ihr lautet nämlich: «Gibt's da ein Learning aus den letzten Jahren? Wurde ich still? Nein.»

Das Geld wird trotzdem fliesen.

Hermann Lei

Leserbriefe

Ehe für alle?

Als letzter Schritt der Gleichstellung der LGBT-Anhänger mit Heterosexuellen soll die «Ehe für alle» eingeführt werden. Ich habe da grösste Bedenken, wenn ich an meine Kindheit denke: Meine Eltern sind mit mir und drei weiteren Brüdern ständig umgezogen. Stationen waren: Goldach, Wangs, Arbon, Linthal, Churwalden u.a. Ich bin an fünf Orten zur Schule gegangen – mit extrem unterschiedlichen Dialekten. Körperlich war ich ein Schwächling. An jedem neuen Wohnort musste der bis anhin Schwächste zeigen, dass er ab sofort einen unter sich hatte. Meine Brüder und ich waren mit unserem fremden Dialekt fremde Fötzel. Kinder können sehr fies sein, und es gibt Hackordnungen wie bei den Hühnern. Ich stelle mir nun Kinder von lesbischen und schwulen Ehepaaren in Schulen vor. Mit Sicherheit werden ihre Kameraden und Kameradinnen Fragen stellen

wie: «Du, sag mal, hast du nur zwei Papis?» Was für ein Schmerz entsteht da wohl in der Seele eines Kindes? Mit der heutigen Frühsexualisierung, die ja von denselben Leuten propagiert wird, die jetzt so vehement für die «Ehe für alle» eintreten, wissen ja schon Kindergärtner Bescheid, wie Kinder entstehen. Ich litt durch die verbalen und körperlichen Attacken meiner Kameraden an jedem neuen Wohnort. Was aber in den Seelen von Kindern lesbischer und schwuler Ehepaare abgeht, übersteigt bestimmt bei weitem meine negativen Erfahrungen. Dabei möchte ich betonen, dass ich keinen Schwulen oder Lesben ihre Liebe zu ihren Kindern abspreche. Doch für eine gesunde Entwicklung der Seele eines Kindes braucht es einen Vater und eine Mutter. Schwule und Lesben sollten aus Liebe zu Kindern auf eigene Kinder verzichten, denn ihre Gemeinschaft bietet keine gute Grundlage für die seelische Entwicklung eines Kindes.

Raymond Kleger, Ing. FH, Pfyf TG

«Es sagte» ... Wettbewerb

Welcher Spitzenkandidat, welche Spitzenkandidatin im deutschen Wahlkampf äusserte die folgende Feststellung:

<<AN TAGEN WIE DIESEN, WO ES GRAU IST, DA HABEN WIR NATÜRLICH VIEL WENIGER ERNEUERBARE ENERGIEN. DESWEGEN HABEN WIR SPEICHER. DESWEGEN FUNGIERT DAS NETZ ALS SPEICHER. UND DAS IST ALLES AUSGERECHNET.>>

Diese Aussage stammt von:

- A Armin Laschet, Kanzlerkandidat der CDU
- B Olaf Scholz, Kanzlerkandidat der SPD
- C Annalena Baerbock, Kanzlerkandidatin der Grünen
- D Alice Weidel, Spitzenkandidatin der AfD

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

Die Antwort senden Sie bitte bis spätestens **Mittwoch, 18. August 2021, an:** «Schweizerzeit», Postfach 54, 8416 Flaach, E-Mail: info@schweizerzeit.ch

Vergessen Sie Ihren Absender nicht.

Sämtliche Einsender von richtigen Antworten nehmen an einer halbjährlich stattfindenden Verlosung teil. Die Gewinnerin oder der Gewinner wird zu einer «Schweizerzeit»-Tafelrunde eingeladen, einem Nachtessen für zwei Personen mit dem «Schweizerzeit»-Verlagsleiter Ulrich Schlüer als Gastgeber.

Die richtige Antwort auf die Wettbewerbsfrage lesen Sie in der «Schweizerzeit» Nr. 16 vom 27. August 2021.

Schlechte Verlierer

Nach der Volksabstimmung vom 13. Juni 2021 gab UVEK-Chefin Simonetta Sommaruga bekannt, dass man das Volks-Nein zu weiteren Erhöhungen der CO₂-Abgabe ernst nehme. Nach ein paar Wochen wird nun die CO₂-Abgabe um weitere 25 Prozent erhöht, weil sich angeblich der CO₂-Ausstoss in Gebäuden seit 1990 «nur» um 31 statt um 33 Prozent reduziert habe. Es wird behauptet, dies erfolge laut bestehendem Gesetz automatisch. In Tat und Wahrheit kann der Bundesrat diesen Mechanismus jederzeit stoppen und/oder eine weniger starke Anpassung beschliessen. Aber offenbar wollte die «gefrustete» Exekutive den Gegnern des missratenen CO₂-Gesetzes noch eins auswaschen. Die ab dem 1.1.2022 rund 35 Rp./l betragende CO₂-Abgabe auf Heizöl stellt Weltrekord dar und belastet nebst Leuten mit Einfamilienhäusern auch viele Mieterinnen und Mieter enorm. Die VOX-Analyse zur Abstimmung am 13. Juni hat zudem gezeigt, dass die 18- bis 34-Jährigen das er-

Churz & Bündig

Deutschland ist und bleibt – Folge des für die deutsche Volkswirtschaft viel zu schwachen Euro – Exportweltmeister. Entsprechend boomt die Wirtschaft. Woraus Milliarden in die Staatskasse fliessen. Trotzdem zerfällt Deutschlands Infrastruktur (Autobahnbrücken, Bahntrassen). Auch Geld für Schutzbauten gegen Hochwasser fehlt seit Jahrzehnten – was schwerste Katastrophen verursacht hat. Milliarden wurden verpulvert für zwanzigjährigen, völlig nutz- und resultatlosen Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan (wo die Taliban soeben den deutschen Stützpunkt Kundus erobert haben). Und mit Abermilliarden musste Deutschland die EU-Südstaaten vor deren Staatsbankrott bewahren. Ins Ausland fliessen Billionen, im Inland fehlt's an allen Ecken. Hervorragende Aussichten für die bevorstehenden Bundestagswahlen.

us

wähnte CO₂-Gesetz klar verworfen haben. Die militante, rechtsbrechende «Klimajugend» repräsentiert also nur eine Minderheit. Fazit: Die schädlichen Auswirkungen der Klimaveränderung lassen sich – wenn überhaupt – nur durch weltweite, sinnvolle Innovationen im Energie- und Umweltbereich lösen, statt durch Geldumverteilung durch staatliche Plan- und Zwangsmassnahmen.

Robert Furrer, Oberkirch ZG

Lob und Tadel

Die «Absage an die Sprachzerstörung» in der Schweizerzeit Nr. 14/2021 hat mich sehr gefreut. Dr. Schlüer schreibt, dass sich die Schweizerzeit Tag für Tag um ein korrektes Deutsch bemühe, was ganz offensichtlich zutrifft. Allerdings ist der Schreibstil manchmal etwas kompliziert, wenn es zum Beispiel heisst: «Angehende Lehrerinnen und Lehrer sollen in ihren Beruf eingeführt werden durch erfahrene ältere Kolleginnen und Kollegen – in täglicher, sorgfältig begleiteter, mit den sie begleitenden erfahrenen Lehrkräften sorgfältig analysierter, besprochener und korrigierter Unterrichtserteilung» (SZ, 9. Juli 2021). Noch eine Bemerkung: Als Geograph und Naturwissenschaftler sind Klimaphänomene und der Klimawandel für mich keine Fremdwörter. Wiederholt haben sich in der Schweizerzeit Personen zu Klimaphänomenen geäussert, denen ich jede fachliche Kompetenz absprechen muss. So, wenn sich ein Forscher der Ausserirdischen und ein Musikdozent zum Klimawandel äussern, oder wenn sich ein Autor über «politische Physik» Gedanken macht. Ansonsten schätze ich die wertvollen Beiträge von Ulrich Schlüer und Isabel Villalon, sowie der Herren Lei, Melzl, Fehr und Blocher sehr.

Dr. Peter Jud, Uster ZH

Eigenartige Prioritäten

Eigenartig, wie Prioritäten gesetzt werden. Mit dem Lockdown wurde die ganze Schweiz eingesperrt, Reisen, Ferien im Ausland wurden verunmöglichst, selbst die Kultur im Dorfkern wurde abgewürgt. Nur die Asylindustrie läuft auf Hochtouren. Eine Verlogenheit, die irgendwann erkannt wird und dann auf die Verursacher zurückfallen wird.

Anton Josef Kathriner



Auf dem Rütli 1291

Welches Wehr- oder Bürgerdienstmodell?

Das VBS stellt vier Modelle für eine neue Dienstpflicht zur Diskussion. Im Vordergrund stehen verschiedene Varianten, welche eine (schwammige) allgemeine Dienst- oder Bürgerdienstpflicht für Männer und Frauen verlangen.

Was auch immer an Varianten oder Scheinvarianten aus Bundesbern zu hören ist: Tatsache ist, dass junge Schweizer, die laut Verfassung wehrpflichtig sind, heute die freie Wahl haben zwischen Militärdienst und zivilem Ersatzdienst. Und weil jährlich rund 6'000 junge Schweizer den attraktiven und bequemen Ersatzdienst wählen, hat unsere Milizarmee ein immer grösseres Bestandesproblem. Dieses Problem werden aber weder eine Wehrdienstpflicht für Frauen (die ohnehin nicht sinnvoll und nicht durchsetzbar ist) noch eine allgemeine Dienst- oder Bürgerdienstpflicht lösen. Im Gegenteil: Noch mehr junge Männer würden den Weg des geringsten Widerstandes gehen und der Armee den Rücken kehren.

Die Konsequenz: Wir müssen den jungen Leuten wieder aufzeigen, worum es beim Art. 58 der Bundesverfassung geht, dessen Kernsatz lautet: «Die Armee dient der Kriegsverhinderung und trägt bei zur Erhaltung des Friedens; sie verteidigt das Land und seine Bevölkerung». Es geht darum, dass jeder junge Schweizer in unserer Milizarmee seinen Beitrag leisten muss, um unsere Heimat, unsere Bevölkerung, unsere Freiheit und Unabhängigkeit, unsere Volksrechte sowie unsere sozialen Errungenschaften zu schützen und notfalls mit dem Einsatz seines Lebens zu verteidigen. Wer dies mit seinem Gewissen nicht vereinbaren kann, muss eine überzeugende Begründung haben und einen anforderungsreichen Ersatzdienst leisten, damit sich die Spreu vom Weizen trennt.

Der Militärdienst für Frauen sollte hingegen freiwillig bleiben; die Frauen müssen jedoch zur Teilnahme an Armee-Orientierungstagen verpflichtet werden. Wenn sie über die Armee besser Bescheid wissen, werden sie sich auch vermehrt für den Militärdienst entscheiden.

Hans Fehr



Auf dem Rütli 2021

STICHWORTE ZUR TAGESAKTUALITÄT

Guthaben

Bei rund 30 Prozent der befragten Unternehmen hat im Covid-Jahr die Zahl der Kreditausfälle zugenommen. Thomas Hutter, Managing Director von Intrum AG, ist sehr besorgt: «Diese Zunahme ist gravierend. Doch noch beunruhigender ist ihre wachsende Befürchtung, dass das Risiko von Zahlungsverzögerungen oder Zahlungsausfällen in den kommenden zwölf Monaten sogar noch weiter ansteigen könnte. 2019 noch waren zwei Drittel der Befragten der Meinung, dass das Risiko gleich bleibt, nur ein Drittel erwartete einen Anstieg. Heute ist es umgekehrt: 64 Prozent befürchten eine weitere Zunahme und nur noch 26 Prozent glauben an eine Stabilisierung.»

(Intrum-Medienmitteilung, 24.06.2021)

Prioritäten

Das wichtigste Thema ist Europa. Die anderen EU-Länder schulden Deutschland via Europäische Zentralbank eine Billion Euro. Zwei Drittel davon entfallen auf Italien und Spanien. Der ganze Kreditmarkt in der EU ist auf der Bonität Deutschlands aufgebaut: Das

Zürich

Das Ausländergesetz, das 2006 mit 68 Prozent von den Stimmbürgern angenommen wurde, sagt ganz klar: Wer als Ausländer dauerhaft und in erheblichem Mass Sozialhilfe bezieht, dem kann das Aufenthaltsrecht in der Schweiz entzogen werden. Der Stadtzürcher SP-Sozialvorsteher Raphael Golta bezeichnet den demokratischen Urnen-Entscheid als «Systemfehler» und das sei ein «Grundsatzproblem».

Jetzt verteilt Herr Golta im Rahmen eines Pilotprojekts namens «Basishilfe» via 4 Hilfsorganisationen versuchsweise 2 Millionen Franken direkt an Bedürftige, wenn sie keinen Schweizer Pass haben und sonst keine Hilfsgelder beziehen. Bezahlt wird auch an Sans-Papiers, also illegale, die gar nicht hier sein dürften. Dem Migrationsamt will er bewusst keine Meldung machen. Selbstverständlich wird die Anonymität der Geldbezieher gewahrt, sagt Raphael Golta.

Es ist klar, dass eine solche Bargeldverteilung im rot-grünen Zürich eine unglaubliche Sogwirkung haben wird und viele Leute ausserhalb von Zürich dieses Geld abholen wollen. Die Stadt Zürich kann so viel Geld zum Fenster rauswerfen, wie sie will. Aber ganz sicher nur ihr eigenes. Es muss aufhören, dass Steuerzahler aus der Landschaft das Geld verteilen der linken Stadt mit Milliarden unterstützen müssen.

(Nationalrat Thomas Matter, In den Sümpfen von Bern, Episode 150, 07.07.2021)

erspart den grossen Schuldnerländern gewaltige Zinskosten. Wir sprechen hier von Hunderten Milliarden Euro. Fakt ist, ohne Deutschland gäbe es keine EU, wie wir sie heute kennen. Das ist eine Zeitbombe, aber das will niemand in Berlin hören. Dafür will man das Klima retten, was auch immer damit gemeint ist. Die Klimapläne sind unlogisch und höchstwahrscheinlich nutzlos. Immer wieder höre ich, Deutschland sei reich und müsse Standards setzen. Als ob Wohlstand jeden Unsinn rechtfertigen würde! Das Diskussionsniveau ist jämmerlich tief. Das Land der Dichter und Denker sollte mit besseren Lösungen aufwarten.

(Oswald Grübel, Weltwoche-Interview, 24.06.2021)

Naturzerstörung

Noch schützt das europäische Artenschutzrecht vor der Ausrottung zahlreicher Arten. Doch schon fordert der Energiewende-Thinktank der Bundesregierung (AGORA), das Tötungsverbot des Naturschutzgesetzes im Interesse des Windkraftausbaus abzuschaffen. Was sind schon ein paar seltene Greifvögel gegen die Rettung der Welt! Schon heute werden 12'000 Greifvögel und 250'000 Fledermäuse jährlich durch Windkraftanlagen getötet.

(Fritz Vahrenholt, Tichys Einblick, 06/2021)

Pfusch

Die Leistungen der schweizerischen Verwaltungen sind um so lausiger, je höher die Verwaltung angesiedelt ist. So ist die Performance auf Bundesstufe in vielen Bereichen unter aller Kritik. Allen voran liefert das Departement des Innern mit seinem Bundesamt für Gesundheit seit Beginn der Corona-Pandemie praktisch nur Pfusch ab. Man suggerierte uns, man sei total überrascht worden. Dabei verfügt der Bund über den Pandemieplan 2018, für den sorgfältige und sicher auch teure Planungs- und Vorbereitungsarbeit geleistet worden war. Nichts, aber auch gar nichts, was in diesem Dokument vorsorglich vorgesehen war, wurde umgesetzt.

(Blog Jürg Kaufmann, 06.07.2021)



ZANETTI
CH-7742 POSCHIAVO

Telefon 081 844 09 08
Telefax 081 844 10 20
Mail: info@zanettispecialita.ch
www.zanettispecialita.ch

Filiale Bahnhof Chur
(nur 1 Minute vom
Billettschalter entfernt)
Telefon 081 253 60 60

Staatliche Medienförderung versus freien Journalismus



Die Allianz gegen Mediensubventionen nimmt an Stärke zu. Der Widerstand gegen das Medienförderungsgesetz reicht von rechts bis tief in die Mitte. Sehr zum Missbehagen von SP und Grünen. Sie plagt das Problem, überzeugende Begründungen zu liefern, wieso ausgerechnet die eh schon betuchten Medienkonzerne an den Subventions-Zitzen nuckeln sollten.

Der Ständerat, der dies propagiert, argumentiert in auffälliger Ermangelung nachvollziehbarer Logik, ihm liege der Schutz der Volksvertreter am Herzen und die Interessensbelange von Wirtschaftsführern aller couleur. Als ob ausgerechnet diese zusätzlichen Support benötigten. Authentisches Beispiel: Als zur Abstimmung zum Freihandelsabkommen ein fragwürdiger Palmöl- Global Player rechtlich in die Bredouille geriet, bekundete FDP-Nationalrat Christian Lüscher keine Mühe, Presseberichte über den Mann, den er juristisch vertrat, vorsorglich zu stoppen.

Es fragt sich der Bürger in Unkenntnis medialer Abläufe, wie dies im Rechtsstaat Schweiz möglich sei. Das Zauberwort heisst: «Superprovisorische Verfügung» oder «Superprovisorium». Im juristischen Sprachgebrauch steht

dies für eine vom Gericht ausgesprochene Unterlassungsverfügung – wohlgemerkt ohne Anhörung der Gegenpartei (Art. 265 ZPO), und mit effizienter Wirkungsweise: Als ein hochrangiger Schweizer Regierungsangestellter sich seine Besuche in gewissen Etablissements durch Falschdeklarierung gegenüber dem Rechnungshof vom Steuerzahler finanzieren liess und die lokale Presse mit Enthüllung drohte, feuerte sein Anwalt flugs aus der medial-juristischen Allzweckwaffe «Superprovisorium», und prompt war der Fall vom Tisch.

Auf ebensolch zweifelhafter Grundlage basiert nun der Vorschlag der nationalrätlichen Geschäftsprüfungskommission, wenn sie dem Bundesrat rät, seine Medienpräsenz zu forcieren. Was im Gegenzug finanzielle Subventionsleistungen (jährlich 178 Millionen) zu Nutz und Frommen der reichen Medienkonzerne auslöst. Es installiert sich also ein Status der gekauften Meinung nach Funktionsprinzip: Bundesgeld versus freien Journalismus.

Ein Paradoxon: Es klagen jene am lautesten über freien Journalismus, die ihn am intensivsten zu Manipulationszwecken nutzen wollen.

Charly Pichler

pichler@thurweb.ch



10 JAHRE




TOYOTA GARANTIE

JETZT AUF ALLEN FAHRZEUGEN.*

*Service-aktivierte 10-Jahres-Garantie oder 160'000 km ab 1. Immatrikulation für alle Toyota Fahrzeuge (es gilt das zuerst Erreichte). Detaillierte Informationen finden Sie in den Garantiebestimmungen auf toyota.ch.



emilfrey.ch

Unser Land als Einsatzgebiet der 'Ndrangheta

Die Schweiz und die Mafia

von Markus Melzl, ehem. Kriminalkommissar und Sprecher der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt

In den 70er Jahren folgten viele Italiener dem Ruf der Schweizer Wirtschaft. Primär die Baubranche war dringend auf Arbeiter angewiesen.



Und so reisten viele italienische Gastarbeiter in die Schweiz. Teilweise war ihnen sogar der Stellenwechsel verboten, und so wohnten diese Arbeiter oft in firmeneigenen Unterkünften und hatten weder die Möglichkeit noch das Recht, sich hierzulande definitiv niederzulassen.

Die Älteren unter uns mögen sich noch erinnern, wie sich diese «Tschinggen» vor Weihnachten mit Sack und Pack auf unseren Bahnhöfen aufhielten und Extra-Züge in Richtung Süden bestiegen. Später blieben etliche bei uns in der Schweiz, und nicht wenige schafften den Sprung in die Selbständigkeit. In vielen Fällen heirateten unsere südlichen Nachbarn Schweizerinnen, gründeten Familien und wurden ansässig.

Import des organisierten Verbrechens

Bereits Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre wuchs die Erkenntnis, dass im Sog dieser Gastarbeiterströme auch Leute aus dem organisierten Verbrechen in die Schweiz einreisten. Dies hatte mehrere Gründe. Einerseits war damals das Schweizer Bankgeheimnis noch unumstösslich, und für die Strafverfolgungsbehörden war es, im Gegensatz zu heute, weitaus schwieriger oder gar unmöglich, an entsprechende Unterlagen zu kommen. Zudem traten erst in den 90er Jahren das Geldwäschereigesetz und die entsprechenden Strafbestimmungen im Schweizerischen Strafgesetzbuch in Kraft.

Das damalige Verhältnis – auch von polizeilicher Seite aus betrachtet – war ziemlich ambivalent und teilweise mit der Hoffnung verbunden, dass die Mafia die Schweiz lediglich als Drehscheibe für Finanzgeschäfte und als Rückzugsort benutzen würde. Man wollte hier in der Schweiz keine erschossenen Mafiosi oder getötete Polizisten, Staatsanwälte und Richter. Bilder von Ermordeten, die auf offener Strasse in ihrem Blut liegen und die man so aus den italienischen Medien kannte, wollte man verständlicherweise nicht bei uns.

Die Rechnung ging bis zu einem gewissen Grad auf, und von Seiten der Behörden hat man die hier operierenden Mafiaorganisationen mehr oder weniger richtig eingeschätzt – mit Ausnahme der kalabrischen Mafia 'Ndrangheta. Gemäss Wikipedia «umfasst ihr Aktionsradius ganz Europa, Nord- und Südamerika

sowie Russland und Australien mit einem geschätzten Jahresumsatz von 54 Milliarden Euro. Die kriminelle Vereinigung kontrolliert weite Teile des Kokainhandels in Europa und gilt weltweit als einer der grössten Kokainimporteure».

Einsatzgebiet statt Rückzugsort

Wie verschiedene und mit den italienischen Behörden koordinierte Polizeiaktionen hierzulande zeigen, ist die Schweiz für die 'Ndrangheta längst nicht mehr Rückzugsort, sondern Einsatzgebiet (siehe «Frauenfelder Zelle»). Kommt es in der Schweiz zu Festnahmen, Verurteilungen und Freiheitsstrafen, dann ist das Abschreckungspotenzial unseres Rechtssystems und des Freiheitsentzugs weitaus kleiner als im Ausland. Die Verurteilungen in der Schweiz fallen in der Regel milder aus, und die italienischen Gefängnisse sind nun wahrlich nicht mit unserem Strafvollzug zu vergleichen. Das zeigt sich auch in der Praxis: Hier festgenommene Italiener, welche wegen ihren mafiösen Aktivitäten nach Italien ausgeliefert werden sollten, wehrten sich mit allen erdenklichen juristischen Mitteln dagegen.

Ein weiterer Schritt gegen das organisierte Verbrechen ist das soeben gegründete Tessiner Observatorium am Rechtswissenschaftlichen Institut der Universität Lugano mit dem Ziel, den umfassenden Informationsaustausch im Kampf gegen die Schwerstkriminalität zu koordinieren. Ob man Organisationen wie die 'Ndrangheta unwiderruflich zerstören kann, ist nach realistischer Einschätzung wohl zu verneinen. Nicht einmal die beiden Weltkriege haben es geschafft, die italienische Mafia zu zerschlagen.

Markus Melzl



Geschenkgutscheine
à Fr. 250.- mit Fr. 50.- Rabatt

Sind auch gültig für Spezial-Angebote

Kopiererpapier
Sensationelle
Fr. 3.90

500 Blatt, exkl. MWSt.+ Versand bar (10 P. = 10.-)

OCOTEX AG – 041 799 50 00



Auszüge aus einer bemerkenswerten Bundesfeier-Ansprache

Wider die Arglist unserer Zeit

gehalten von Thomas Aeschi, Nationalrat und Fraktionspräsident SVP, auf der Tannenbodenalp, Flumserberg SG



Liebe Frauen und Männer, als im August 1291 Walter Fürst, Werner Stauffacher und Arnold von Melchtal aus den drei Urschweizer Talschaften Uri, Schwyz und Nidwalden zusammenkamen und einen ewigen Schwur leisteten, war Europa beherrscht von Kaiser-, Königreichen und anderen Monarchien. Wörtlich hält der

Bundesbrief von 1291 fest, dass die Eidgenossen – in Anbetracht der Arglist der Zeit – «einander Beistand, Rat und Förderung mit Leib und Gut innerhalb ihrer Täler und ausserhalb» schwören und dass sie «keinen Richter, der das Amt irgendwie um Geld oder Geldeswert erworben hat oder nicht unser Einwohner oder Landmann ist», akzeptieren. Sie sehen: Schon vor 730 Jahren mussten die Eidgenossen ihre Freiheit verteidigen.

Die Arglist unserer Zeit

Heute sehe ich die Arglist der Zeit – neben dem politischen Druck aus der EU – noch viel mehr bei der Selbstgenügsamkeit, die sich bei vielen Schweizern breit macht und auch bei Politikern in Bundesbern gang und gäbe ist. Wir leben über unsere Verhältnisse und verschenken Milliarden ins Ausland. Statt Mass zu halten, lassen wir immer mehr Menschen in unser kleines Land. Und statt unseren Werten Sorge zu tragen, greift der Staat immer mehr in die Familie ein. Zum Thema «Arglist unserer Zeit» sehe ich *drei Kernpunkte*:

- *Die grossen Städte leben immer mehr auf Kosten der Landschaft:* Der politische Graben zwischen den rotgrün beherrschten Städten und der mehrheitlich bürgerlichen Landschaft wird immer grösser. Von den zehn grössten Städten sind neun in linksgrüner Hand, nämlich Zürich, Genf, Basel, Bern, Lausanne, Winterthur, Luzern, St. Gallen und Biel. Einzig Lugano hat noch eine mehrheitlich bürgerliche Regierung. Das «Programm» der linken Städte ist überall das Gleiche: Mehr Staat, mehr sozialistische Umverteilung, mehr EU, offene Grenzen, gehätschelte Illegale und Kriminelle, mehr Steuern und Abgaben für Personen mit Eigentum – und vor allem: Viele neue Vorschriften und Verbote, also weniger Freiheit! Und diese Städte werden immer bevölkerungsreicher und linker, das heisst, sie entscheiden immer mehr Abstimmungen und Wahlen. *Die Konsequenz:* Wir müssen dafür sorgen, dass die linksgrünen Wohlstandsverwöhnten in den grossen Städten der Landschaft nicht immer noch mehr Vorschriften machen. Darum müssen die kantonalen Finanzausgleiche wie auch der NFA angepasst werden.

- *Nein zu einer 10-Millionen-Schweiz:* Während die Schweizer Wohnbevölkerung im Jahr 1990 noch bei 6,7 Millionen Menschen lag, ist dieser Wert auf 8,7 Millionen per Ende des letzten Jahres angewachsen, massgeblich «dank» der Personenfreizügigkeit. Selbst im Krisenjahr 2020 sind netto mehr als 60'000 Personen in die Schweiz eingewandert. *Die Konsequenz:* Wir fordern einen Verfassungsartikel, um die Zuwanderung zu reduzieren, und wir wollen, dass die Schweiz Massnahmen ergreift, um die Zuwanderung von Asylbewerbern, die nicht registriert über einen sicheren Drittstaat in die Schweiz einreisen, einzudämmen.
- *Wertschätzung der Familie:* Die traditionelle Familie kommt in Bundesbern immer mehr unter Druck. Mit der Vorlage «Ehe für alle» (inklusive Samenspende für lesbische Paare) will die Mehrheit im Parlament, dass der Begriff «Ehe» neu auch für gleichgeschlechtliche Paare geöffnet werden soll, womit auch diese Zugang zum Adoptionsverfahren erhielten. Zudem soll neu auch die Samenspende für lesbische Paare zugelassen werden, womit in Zukunft tausende von Kindern erst als 18-Jährige erfahren werden, wer ihr leiblicher Vater ist. *Die Konsequenz:* Sagen Sie am 26. September Nein zu dieser Vorlage!

Ausblick

Obwohl der Rahmenvertrag bzw. Unterwerfungsvertrag zur Zeit vom Tisch ist, obwohl auch das missratene CO2-Gesetz an der Urne keine Mehrheit fand, und obwohl Volk und Stände Ja sagten zum Verhüllungsverbot im Kampf gegen den politischen Islam, warten schon wieder neue Aufgaben auf uns: Wir müssen die Dominanz der grossen Städte über die Landschaft brechen, eine zubetonierte 10-Millionen-Schweiz verhindern und die Familie und unsere Werte wieder mehr wertschätzen. Dazu braucht es engagierte Bürger, die eigenverantwortlich ihr Schicksal in die Hand nehmen. Im Vertrauen auf die innere Kraft von uns Eidgenossen wünsche ich Ihnen einen feierlichen 1. August!

Thomas Aeschi

Churz & Bündig

Joe Biden, 46. Präsident der Vereinigten Staaten, verlangt von den Betreibern der Sozialen Netze Zensur von Bürgerkommentaren zur Covid19-Krise. Ganz so, als wäre er Diktator. Und weil sich die USA in unentrinnbare Überschuldung (die Hälfte des Schuldendienstes kann heute nur noch durch die Notenpresse beglichen werden) verirrt haben, setzt Biden apodiktisch die Unternehmensbesteuerung auf US-Niveau weltweit durch – als wäre er Welt-Diktator. Soll man ihn künftig nicht mehr als «Präsident der Vereinigten Staaten», vielmehr als «Diktator der Vereinigten Staaten» ansprechen?

us

Lithium für Batterien

Die Achillesferse der Elektroautos

von Christa Dettwiler, aus «Infosperber», 22.6.2021

Die USA machen zwar Milliarden locker für den Abbau von Lithium. Doch niemand will die Umweltbelastung in seiner Gegend.

Auf einem erloschenen Vulkan im Norden Nevadas bereiten Arbeiter Sprengungen und massive Aushubarbeiten vor, um eine grosse Lithium-Mine in Betrieb zu nehmen. Es ist die erste seit mehr als zehn Jahren. Dort soll der Stoff abgebaut werden, der Elektrobatterien antreibt und für erneuerbare Energiesysteme benötigt wird. Die Mine soll die fast totale Abhängigkeit der USA von ausländischen Lieferanten durchbrechen.

Das Projekt, bekannt als *Lithium Americas*, stösst allerdings auf Widerstand. Ureinwohner, Landwirte und Umweltorganisationen erheben Einspruch, weil die Mine voraussichtlich Milliarden Liter des wertvollen Grundwassers verbraucht und Teile davon für 300 Jahre verseuchen könnte. Zudem hinterlässt die Mine einen gigantischen Abfallberg. Es ist ein Kampf David gegen Goliath. Und es ist nicht der einzige. Weltweit brechen um den Abbau von Rohstoffen für vermeintlich grüne Energien Konflikte aus.

Statt Erdöl und Gold jetzt Lithium, Kobalt und Nickel

Der Abbau von Lithium, Kobalt und Nickel richtet massive Schäden an, die im Rennen zwischen den USA, China, Europa und anderen Staaten gerne übersehen werden. Der aktuelle Kampf um die Mineralien, die ihren Ländern in den nächsten Jahrzehnten zu wirtschaftlicher und ökonomischer Dominanz verhelfen können, ist vergleichbar mit den historischen Auseinandersetzungen um Gold oder Öl.

Das Nevada-Projekt etwa, das in den letzten Tagen der Trump-Präsidentschaft grünes Licht erhalten hatte, soll den Vereinigten Staaten die Führung in der Produktion dieser Rohmaterialien sichern, zumal sich Präsident Joe Biden dem Klimaschutz verschrieben hat. So sind bereits weitere Lithium-Minen in Kalifornien, Oregon, Tennessee, Arkansas und North Carolina geplant.

Aimée Boulanger ist Direktorin der Initiative für Responsible Mining Assurance, einer Organisation, die Minenprojekte von BMW, Ford und anderen überwacht. Sie sagte gegenüber der New York Times: «Obwohl die Absichten gut sind, kann unser Bedarf an sauberen Energien grossen Schaden anrichten. Das darf nicht passieren.»



Abbau von Lithium in Australien

Zehnfacher Bedarf an Lithium

Im ersten Quartal 2021 haben Lithium-Minenbetreiber in den USA an der Wall Street gegen 3,5 Milliarden US-Dollar beschafft, siebenmal soviel wie in den drei Jahren zuvor. Fachleute gehen davon aus, dass sich der Bedarf an Lithium noch vor Ende dieses Jahrzehnt verzehnfachen wird, schliesslich haben Tesla, VW, General Motors und andere Firmen Dutzende neue Elektromodelle in der Pipeline. Obwohl die USA auf riesigen Reserven sitzen, ist bislang nur eine einzige grosse Lithium-Mine – Silver Peak in Nevada – in Betrieb. Seit den 1960er Jahren produziert sie etwa 5'000 Tonnen pro Jahr, weniger als zwei Prozent der weltweiten Produktion. Der grösste Teil stammt aus Lateinamerika oder Australien und wird mehrheitlich in China und anderen asiatischen Ländern in Batterien verbaut.

Jetzt wollen US-Minengesellschaften die Produktion von Lithium massiv ankurbeln und wünschen von der US-Regierung im Rahmen des geplanten Infrastruktur-Programms zehn Milliarden Dollar Subventionen. Es gehe um die nationale Sicherheit, argumentieren sie. Sollte China die Lieferungen an die USA einstellen, drohten schwere Konsequenzen, warnt ein Lobbyist für Piedmont Lithium.

«Saubere» Energien führen zu gigantischer Umweltbelastung
Umweltaktivisten, lokale Gruppen und indigene Stämme dagegen warnen vor massiven Schäden durch den



Das Büro Ha deckt auf!



Am 27. Juli weiss Alain Berset, der Chef-Paniker, dass es am 11. August keine Lockerungen gibt. Allenfalls Verschärfungen. Gleichzeitig begann die «Vernehmlassung» der Massnahmen bei den Kantonen. Also eine reine Farce, und niemand steht auf! Es reicht! Die Hysterie muss ein Ende haben. Alle «Massnahmen» gehören aufgehoben, da ja ohnehin kaum noch eine Vorschrift eingehalten wird. Jedermann kann sich am Wochenende in der Stadt umsehen, was da abgeht. Freude herrscht – über den Ungehorsam!

Tis Hagmann

Lithium-Abbau. In der Nähe der Ranch von Edward Bartell in Nevada könnte bald die Mine von Lithium Americas ausgehoben werden. Sie wird etwa eine Tiefe von 112 Metern erreichen. Das Unternehmen geht davon aus, dass die Mine pro Minute mehr als 12'000 Liter Wasser verbrauchen wird, was den Wasserspiegel auf Barells Land um 3,5 Meter absenken würde. Die Produktion der 66'000 Tonnen Lithium-Karbonat könnte gemäss Regierungsdokumenten das Grundwasser durch arsen- und antimonhaltige Metalle vergiften.

Um Lithium zu gewinnen, wird der abgebaute Ton mit täglich bis zu 5'800 Tonnen Schwefelsäure vermischt. In den Dokumenten zur Betriebsbewilligung steht, dass dieser Prozess 270 Millionen Kubikmeter schwefelsäurehaltige Abfälle verursachen wird, die auch schwach radioaktives Uran enthalten können. Zudem werden riesige Flächen Weideland von Antilopen und Brutgebiete von Moorhühnern beeinträchtigt. Trotz allem hofft Lithium Americas, ihre Mine nächstes Jahr in Betrieb nehmen und damit um die vier Milliarden Dollar verdienen zu können. Der Hauptaktionär des Unternehmens ist ausgerechnet das chinesische Unternehmen Ganfeng Lithium.

Autohersteller geben sich alle Mühe, sich von solchen Vorhaben abzugrenzen. So sagte Sue Slaughter, Direktorin für die Nachhaltigkeit von Lieferketten, gegenüber der New York Times: «Ureinwohner werden vertrieben, ihr Wasser wird vergiftet... Da wollen wir nicht mitmachen. Wir wollen die Unternehmen, von denen wir Material einkaufen, dazu bringen, verantwortlich zu produzieren. Als Grossabnehmer haben wir die Macht, die Situation zu beeinflussen, und das werden wir auch tun.» Die Umweltorganisationen werden auf jeden Fall am Ball bleiben.

Christa Dettwiler

Jubiläum fünfzig Jahre Frauenstimmrecht

Unzensuriert



dabei fast etwas in den Hintergrund.

Vor fünfzig Jahren wurde in der Schweiz auf Bundesebene das Frauenstimmrecht eingeführt. Die Abstimmung ist nun Anlass für zahlreiche Jubiläumsveranstaltungen, auch die Bundesfeier auf dem Rütli war dieses Jahr primär dem 50 Jahre-Jubiläum des Frauenstimmrechts gewidmet, das 730 Jahre-Jubiläum der Schweiz geriet

An den Veranstaltungen zum Frauenstimmrechts-Jubiläum wird regelmässig auch Kritik an der im europäischen Vergleich späten Einführung geäussert, und es werden Forderungen nach mehr Lohngleichheit gestellt.

Man mag über die Schweiz im Jahr 2021 denken, wie man will. Hoher Wohlstand, ausgebaute Freiheitsrechte und weltweit wohl einzigartige Volksrechte – alles für Mann und Frau – wären an sich Grund für Dankbarkeit. Aber Dankbarkeit stört im feministischen Narrativ vom patriarchalen Joch.

Immerhin: Die offene Debatte zeigt anschaulich, dass unser politisches System fähig ist zur kritischen Selbstanalyse. Aber gilt das eigentlich auch für den zeitgenössischen Feminismus im In- und Ausland, der gern Fehler bei andern anprangert? Gerade unter Frauen ist die Art und Weise der zeitgenössisch-feministischen Agitation durchaus umstritten:

- Margaret Thatcher, erste britische Premierministerin: «Dem Kampf um Frauenrechte verdanke ich nichts.»
- Meike Lobo, deutsche Autorin: «Der moderne Feminismus hat ein Problem: Viele Anhängerinnen diskutieren zu laut und zu wütend über Sprache, Mütter und Vorstandsposten. Kritik lassen sie kaum gelten.»
- Camille Paglia, US-amerikanische Kulturhistorikerin: «Der Feminismus ist zu einer Sammelschublade für Gemüse geworden, in der Trauben von anhänglich schluchzenden Schwestern ihre schimmeligen Neurosen aufbewahren können.»
- Phillys Schlafly, US-amerikanische Publizistin: «Die feministische Bewegung hat Frauen gelehrt, sich als Opfer eines unterdrückerischen Patriarchats zu sehen. Selbst auferlegte Opfer sind kein Rezept für Glück.»

Solche Zitate sucht man in den aktuellen Politikerinnen-Reden zum Frauenstimmrecht in der Regel vergebens. Nicht jede erfolgreiche Frau scheint das Privileg zu haben, im Namen der Frauen sprechen zu dürfen. Das bleibt im feministischen Narrativ jenen vorbehalten, die den Kampf und Konflikt zwischen Geschlechtern bemühen, obwohl gerade die Einführung des Frauenstimmrechts ein Produkt des aufeinander Zugehens beider Geschlechter war. Zeitgenössischer Feminismus lässt den Respekt vermissen, den er vom Gegenüber so lautstark einfordert.

Patrick Freudiger



NEIN
Ehe für alle

EDU+UDF
Eidgenössisch-Demokratische Union
Union Démocratique Fédérale
Unione Democratica Federale

Weil das Kindeswohl zählt!

Die Lobby der LGBT (Nichtheterosexuelle) überzieht die Schweiz dieser Tage mit einer teuren, regenbogenfarbenen Propagandawalze. In diesem aufgeheizten Klima findet am 26. September die Volksabstimmung über die «Ehe für alle» und den Zugang zur Samenspende für lesbische Paare statt.

Auch wenn der Zeitgeist in eine andere, völlig falsche Richtung weht: Die EDU steht zur Familie und zum christlichen Erbe der Schweiz. Kinder haben ein Anrecht, mit Mutter und Vater aufzuwachsen. Darum stehen wir entschieden für ein «NEIN zur Ehe für alle» ein. Bitte unterstützen Sie uns in diesem wichtigen Abstimmungskampf.

Darum NEIN stimmen:

Ehe und Familie sind eng miteinander verknüpft. Nur die Verbindung von Mann und Frau hat aus sich heraus die Fähigkeit zur Weitergabe des Lebens. Deshalb ist sie als zentraler Eckpfeiler von Gesellschaft und Staat zu schützen.

Das Recht, seine beiden biologischen Eltern zu kennen und von ihnen betreut zu werden, bleibt den Kindern bis zum 18. Lebensjahr grundsätzlich verwehrt. Dabei ist die Verwurzelung in der Ursprungsfamilie für die kindliche Identitätsbildung zentral.

Schaffen wir mit der «Ehe für alle» erst einmal für lesbische Paare einen «Anspruch auf Kinder», können sich künftig auch weitere Gruppen (Alleinstehende, schwule Paare) auf ihren unerfüllten

Kinderwunsch berufen. Bald dürften Forderungen nach der Eizellenspende und der ethisch inakzeptablen Leihmutterchaft folgen. Das Kind wird zur Ware, die Frau zur «käuflichen Gebärmaschine» degradiert.

Die «Ehe für alle» verstösst gegen die Bundesverfassung. Bis anhin war es selbstverständlich, dass unter einer Ehe die Verbindung von Mann und Frau verstanden wurde. Art. 119 BV erlaubt die medizinisch unterstützte Fortpflanzung zudem auch heterosexuellen Paaren nur bei Unfruchtbarkeit oder der Gefahr einer schweren Krankheit. Nun soll die Samenspende vom Ausnahmefall zum Regelfall werden – ohne dass die Bundesverfassung geändert wird.



Ehe für alle führt zu gesetzlicher Vaterlosigkeit.
Darum am 26. September: NEIN!

In der Auseinandersetzung um die «Ehe für alle» – wahrlich ein Kampf «David gegen Goliath» – sind wir auf jede Hilfe angewiesen. Bitte unterstützen Sie unsere Kampagne. Verteilen Sie unsere Flyer, hängen Sie Plakate auf, schreiben Sie Leserbriefe oder unterstützen Sie uns finanziell. ➔ **Alle Infos unter www.ehefueralle-nein.ch/mitmachen**

Kontoverbindung des Abstimmungskomitees:

Postfinance, PC-Konto: 15-626593-5
IBAN: CH08 0900 0000 1562 6593 5
Zu Gunsten von: Trägerverein
«Nein zur Ehe für alle», 6017 Ruswil

Quoten oder Qualität? Wer – angesichts politisch breit unterstützter Quoten-Forderungen bezüglich der Besetzung politischer und wirtschaftlicher Spitzenpositionen – diese Frage in derart direkter Formulierung äussert, entgeht kaum je wütender Kommentierung seiner damit offensichtlich bewiesenen «frauenfeindlichen Rückständigkeit».

Akzent

Dennoch wagen wir zu fragen: Ist es wirklich die «gesellschaftspolitische Rückständigkeit» des Fragenden, die solch wütende Kommentierung auslöst? Oder trifft die Frage derart ins Schwarze, dass wütende Schnellschuss-Vorwürfe jede intensivere Auseinandersetzung, ob diese Frage angebracht ist oder nicht, schon im Keim zu ersticken trachten?

Ein einwöchiger Kurzbesuch in Deutschland schuf dazu etwas Klarheit. Denn in Deutschland «baerbockt's».

Darf eine wahlberechtigte Bürgerin, darf ein wahlberechtigter Bürger von den im nationalen Parlament stark vertretenen Parteien erwarten, dass sie als Kandidatin oder als Kandidaten für das oberste Regierungsamt die beste, krisengetestete, umfassendst orientierte, kurz: die wahrhaft fähigste Persönlichkeit vorschlagen? Darf diese Erwartung auch gegenüber den von den Medien seit Monaten hochgejubelten Grünen gehegt werden?

Wie erwähnt: In Deutschland – das registriert der Besucher bereits wenige Stunden nach Grenzübertritt – baerbockt's gegenwärtig unüberhörbar. Sie ist buchstäblich in aller Munde, die grüne Spitzenkandidatin Annalena Baerbock. Ungläubiges Staunen begleitet ihre Dreistigkeit, mit der sie ihr Herkommen, ihre Ausbildung und Bildung aufzupeppen sich anmasst. Und täglich erstaunt die «Sachkunde», die sie den wichtigen politischen Zusammenhängen unserer Zeit gegenüber bekundet – vor allem in den für die Grünen zentralen Fragen der Energieversorgung, der Ressourcenschonung und des Umweltschutzes.

Berät diese Frau eigentlich niemand? So lautet die zu ihren Auftritten derzeit wohl am häufigsten gestellte Frage – wenn sie als grüne Spitzenkandidatin von Leistungsausweisen schwärmt, die sie zweifellos gerne hätte – in Wahrheit aber nicht hat. Wenn sie zu ihren nirgends sichtbaren akademischen Fast-Erfolgen die Behauptung verbreitet, sie hätte persönliche Weihen zugunsten ihres Dienstes am Vaterland (Entschuldigung: am Elternland selbstverständlich) zurückgestellt. Selbst den Medien, die – wohl vom Durchbruch des grünen Kollektivismus, von der grünen Umformung der einst so erfolgreichen deutschen Wirtschaft träumend – Annalena Baerbock unbedingt siegen sehen wollen, scheint das grüne «Plappermaul» (Werner Reichel, Mitautor des Buches «Infantilismus», in «Freilich – Das Magazin für Selbstdenker», Juli 2021) zunehmend unheimlich

zu werden. Als wohlthuende weibliche Spontaneität lässt sich ihre unbedachte, naive Aufreihung linker Parolen bis zum Wahltag jedenfalls kaum verkaufen.

Dass Annalena Baerbock neuerdings den Lehrern pauschal (anhand einer angeblich selbst erlebten, sonst allerdings niemandem bekannten Begebenheit) Erziehung ihrer Schülerinnen und Schüler zu Rassisten vorwirft, weckt immerhin Gegenkräfte, die von ihr präzise Offenlegung des angeblich selbst erlebten Falles verlangen – was sie bis heute überfordert.

Quoten

Ihr Auftritt dazu verkommt im Volksmund zu einem Beispiel unbedarften «Baerbockens» – eine in Deutschland tatsächlich in Mode gekommene Bezeichnung zur Verspottung offensichtlich getürkter Behauptungen.

Die Frage sei deshalb wiederholt: Dürfen Wählerinnen und Wähler von einer im Parlament stark vertretenen Partei nicht verlangen, dass ihnen als Spitzenkandidatin für das oberste Regierungsamt die wirklich fähigste Persönlichkeit aus den Reihen dieser Partei präsentiert wird? Oder wollen die deutschen Grünen bloss beweisen, dass zumindest grüne Frauen nur aufgrund von oben durchgesetzter Quotenregelung den Weg in eine Spitzenposition im Staat zu schaffen in der Lage sind?

us

Churz & Bündig

Deutschland führt auch bezüglich Unfreundlichkeit des Bahnpersonals die Weltrangliste an. Ein (selbst erlebtes) Beispiel: Braunschweig und Wolfsburg (Distanz ca. 30 Kilometer) werden beide von den ICE-Zügen bedient. Einer Grossfamilie (vier Erwachsene, sechs minderjährige Kinder) rät die ICE-Schalterbeamtin, aus Kostengründen den billigeren Lokalzug mit Familienvergünstigung zu nutzen. Der Lokalzug-Beamte, dazu befragt, reagiert unwirsch – um nicht zu sagen ungehobelt: «Konsultieren Sie dazu die Tarif-Ordnung der Bahn!» Wo nimmt man die nur her? Schliesslich löst man am Automaten vier Fahrkarten für Erwachsene und sechs für Kinder. Das kostet fast genau gleich viel wie die Fahrt per ICE gekostet hätte – weil Kinder im ICE in Begleitung ihrer Eltern gratis fahren.

Am 24. Juni 2021 verabschiedete das EU-Parlament eine neue EU-Richtlinie. Darin wird Abtreibung zum Grundrecht erklärt, an dem sich die EU-Staaten in ihrer Gesetzgebung zu orientieren hätten. Die Tötung Ungeborener bis unmittelbar vor ihrer Geburt soll folglich straffrei werden. Ärzte und Kliniken, welche Abtreibungen nicht vornehmen, sollen gemäss dieser Richtlinie suspendiert oder strafrechtlich verfolgt werden können. Geschützt sind in der EU folglich alle Vierbeiner, alle Tiere, alle Pflanzen – keinerlei Schutz erfährt dagegen das noch nicht geborene Leben. Welch ein «Fortschritt», den Brüssel der Menschheit beschert!

us

«Freiheit in Deutschland» – ein neues Buch von Gerd Habermann

Für alle Freunde der Freiheit

Rezension von Robert Nef, Publizist, St. Gallen

Der deutsche Historiker und Sozialphilosoph Gerd Habermann legt nach seinem Standardwerk zur Kritik am Wohlfahrtsstaat eine sehr lesenswerte, auch politisch bedeutsame Geschichte der Freiheitsidee vor, der man auch in der Schweiz eine grosse Leserschaft wünscht.



Im Lauf der Jahrhunderte gab es im deutschen Sprach- und Kulturraum eine Vielfalt von nebeneinander existierenden Gemeinschaften, die ein Zusammenleben in Freiheit zum Ziel hatten. Es gelingt dem Autor, eine Gesamtschau über diese Bestrebungen zu vermitteln und den Gründen für deren Erfolg und Misserfolg nachzugehen.

Ein ganzes Kapitel ist der Freiheit der Bauern im Mittelalter gewidmet. Es gab damals vielerorts politische Zusammenschlüsse mit dem gemeinsamen Ziel, einen genossenschaftlichen Freistaat zu verwirklichen. Das Deutsche Reich war damals ein lockerer Verband unterschiedlichster Gebietskörperschaften. Die innerhalb dieses Rahmens erfolgte Gründung der Eidgenossenschaft wird in einem Abschnitt mit der Überschrift «Die Schweiz – das Gelingen» gewürdigt.

Vielfalt begünstigt Freiheit

Alle Versuche einer abschliessenden Vereinheitlichung unter der politischen Herrschaft einer Zentralen haben etwas Gewalttames. Die Tatsache, dass der deutsche Sprachraum nicht identisch ist mit den politischen Grenzen des heutigen Deutschland, und dass die deutsche Geschichte nur im Kontext mit der Geschichte Europas adäquat beschrieben werden kann, bieten dem Autor Gelegenheit, das heute vielerorts vorherr-

schende Vorurteil zu entkräften, die Geschichte der Deutschen sei von den fatalen Irrtümern nationalistischer und sozialistischer Totalitarismen im 20. Jahrhundert geprägt. Mit guten Gründen weist der Autor darauf hin, dass der Dezentralismus (Wilhelm Röpke) und der auch als «Kleinstaaterei» gescholtene Partikularismus in Deutschland während Jahrhunderten ein buntes Nebeneinander ermöglicht hat. Diese Vielfalt hat die Entwicklung freiheitlicher Werte begünstigt und befruchtet. Im kleinen Weimar sind sich Menschen begegnet, deren Werke bis heute als Weltkulturgut nachwirken, und im ebenfalls kleinen, entlegenen Königsberg, schrieb Kant seine Werke, die für die Philosophie der Freiheit Marksteine setzten.

Gegen Unterdrückung und Zentralisierung

Die Geschichte der Freiheit ist geprägt von den Widerständen gegen alle Formen der Unterdrückung, der Knechtschaft und der erzwungenen Zentralisierung. Sowohl die Unterdrückung als auch die Auflehnung dagegen sind Phänomene, die weltweit und in allen Epochen nachweisbar sind und die man nicht bestimmten Völkern und Ländern zuordnen kann. Habermann zeigt, dass Deutsche zur Geschichte der Freiheitsidee Grosses und Bleibendes beigetragen haben.

Besonders hervorzuheben ist Friedrich Schiller, der mit seinem Wilhelm Tell für den 1848 gegründeten Schweizer Bundesstaat eine wichtige ideelle Basis gestiftet hat. Freiheit kann auf die Dauer nicht durch den Staat von oben erzwungen und nach aussen verteidigt werden. Sie entsteht in vielfältigen, experimentell offenen kommunikativen Lern- und Wettbewerbsprozessen immer wieder neu und muss beharrlich gegen alle Versuche der Zent-

GOAL GLOSSAR

Positionierung

Wer nicht weiss, wo er steht, kann auch nicht verständlich kommunizieren. Deshalb erarbeiten wir mit unseren Kunden als Erstes eine genaue Lageanalyse. Das ist die Grundlage des Erfolgs!

Positionierung

abgel. v. «Position»; <lat.> positio (Stellung, Lage)

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL

AG für Werbung und Public Relations

Wir wollen Ihren Erfolg

ralisierung und Bürokratisierung verteidigt werden. Als Gegenmittel nennt Habermann in seinem Schlusskapitel den Wettbewerb von kleinen politischen Einheiten, den konsequenten Minderheitenschutz und den Vorrang der Privatautonomie vor dem politischen Zwangsapparat und den Rückbau des ausufernden Umverteilungsstaates.

«Sturzbach der Freiheit»

Für den Verfasser dieser Rezension gibt es drei wichtige Beiträge der Deutschen (im Sinn einer Sprach- und Kulturgemeinschaft) zur Geschichte der Freiheit. Erstens: Die deutsche Aufklärung und Klassik. Zweitens: Der Wettbewerb im Rahmen der non-zentralen Vielstaaterei und der Städtebünde und der Konfessionen im lockeren Reichsverbund. Drittens: Der deutsche Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg, den man zu Unrecht als «Wunder» bezeichnet hat. Ludwig Erhard hat dafür einen treffenden und zukunftssträchtigen Begriff geprägt: Den «Sturzbach der Freiheit».

Was sich unmittelbar nach dem Krieg ereignet hat, war keine von Besatzungsmächten und deutschen Fachleuten gemeinsam veranstaltete und mit Hilfe des Marshall-Planes finanzierte staatliche Wirtschaftsreform unter dem nachträglich gesetzten Titel «Soziale Marktwirtschaft». Die neue Wirtschaftsfreiheit setzte sich im Chaos nach dem Krieg spontan durch. Niemand erwartete nach der Hitlerzeit das Heil von einer zentralen Obrigkeit, und man setzte auf Leis-

tungsbereitschaft, Wettbewerb, Privatinitiative und freie Kooperation, weil es keine Alternative gab. Leider werden diese entscheidenden Triebfedern von Freiheit und Wohlstand in den letzten Jahrzehnten auch in Deutschland immer weniger beachtet.

Fazit

Gerd Habermann verfolgt in seinem Buch die Geschichte des politischen Liberalismus in Deutschland bis zu dessen Wurzeln. Es ist ihm zudem anhand des Beispiels der Geschichte der Deutschen gelungen, aufzuzeigen, dass die Idee der Freiheit und des Wettbewerbs ihre Wurzeln in der historischen Vorzeit hat und damit zur Geschichte der Menschheit gehört.

Die Idee der Freiheit als Auszug aus der Knechtschaft ist viel älter als der im Zeitalter der Aufklärung entstandene politische Liberalismus. Es gibt aus dieser Perspektive keinerlei Gründe, ein europaweites oder gar weltweites Ende des Strebens nach Freiheit und Eigenständigkeit zu prognostizieren. Freiheit hat Herkunft und Zukunft, aber sie muss weltweit immer wieder neu errungen werden.

Robert Nef

*Gerd Habermann: «Freiheit in Deutschland – Geschichte und Gegenwart».
Lau-Verlag, Reinbek 2021.
Beachten Sie den Bestelltalon auf Seite 23 der heutigen Schweizerzeit.*

Zum Scheitern verurteilt



Politische Korrektheit ist ein gesellschaftliches Krebsgeschwür. Ein «Zeichen» für die vermeintlich gute Sache setzen, ist heute oft wichtiger als Leistung und Vernunft. Sogar der Leistungssport krankt daran. Die vergangene Fussball-EM war so politisch (korrekt) wie keine andere davor. Das Endspiel zwischen Italien und England zeigte uns dann aber auch musterhaft auf, warum der linke Zeitgeist zum Scheitern verurteilt ist.

Vor einigen Monaten tobten in England linksradikale Unruhen. Statuen historischer Persönlichkeiten wurden zerstört, weil die längst verstorbenen Männer angeblich Patriarchen oder Rassisten gewesen seien. Der linksradikale Mob attackierte sogar die Statue von Winston Churchill, des Mannes also, der während dem Zweiten Weltkrieg einen entscheidenden Beitrag dafür geleistet hat, dass die Freiheit und nicht der Faschismus gewonnen hat.

In dieser aufgehetzten Stimmung knieten die englischen Spieler an der Fussball-EM nieder, um ein «Zeichen» gegen Rassismus zu setzen. Und der englische Trainer

Hinter feindlichen Linien

wechselte zwei dunkelhäutige Spieler eigens für das entscheidende Penaltyschiessen ein. Ein dritter durfte zwar bereits im Final spielen, doch hatte der 19-Jährige in seiner Profikarriere noch nie einen Penalty geschossen. Der Trainer wollte mit der unvernünftigen Spielerwahl ein «Zeichen» setzen. Die drei dunkelhäutigen Spieler sollten den Pokal nach Hause bringen. Unter dem massiven Druck trafen aber alle drei nicht ins Goal. Italien ist nun Europameister. Die politische Korrektheit hat England wohl den EM-Sieg gekostet.

Die drei dunkelhäutigen Spieler wurden nach dem EM-Aus von stumpfsinnigen Fussballfans massiv angefeindet. Der Graben in der englischen Gesellschaft hat sich vergrössert. Das Gutmenschentum bewirkt absolut nie Gutes. So wie England an der EM ergeht es jeder Gesellschaft, die nicht mehr die Leistung und Vernunft in den Mittelpunkt stellt. Wird das Ziel «ein Zeichen setzen» zum Mass aller Dinge, ist die Niederlage so gut wie sicher. Das sollte auch der Schweiz eine Lehre sein. Denn wir befinden uns auf dem gleichen Irrweg.

Samuel Balsiger

Samuel Balsiger ist Gemeinderat in der Stadt Zürich. In seiner monatlich erscheinenden Kolumne berichtet er über die Irrungen der linken Politik.

Erlebnisse aus 35 Jahren aktiver Politik (Teil 20)

Damals in der Auns

von Hans Fehr, a. Nationalrat und Geschäftsführer der Auns, Eglisau ZH



Neben dem mehrjährigen Kampf gegen das Schengen-Abkommen, über das wir am 5. Juni 2005 abstimmen werden, muss die Auns im Jahre 2002 auch gegen die sogenannte Solidaritätsstiftung antreten. Dieser Kampf tritt im Sommer 2002 in die «heisse» Phase – abgestimmt wird am 22. September 2002.

Die Idee zur «Solidaritätsstiftung», welche der Bundesrat auf den Tisch gezaubert hat, ist unter Erpressungsdruck aus Amerika entstanden. Den Bundesbehörden und den Banken ist von den Spitzen des Jüdischen Weltkongresses angebliches Fehlverhalten und eine Mitverantwortung im Zweiten Weltkrieg im Zusammenhang mit den nachrichtlosen Vermögen, dem Goldhandel und den Holocaust-Opfern vorgeworfen worden. Finanzieren will der Bundesrat die Stiftung mit den überschüssigen Goldreserven der Nationalbank. Die «Versilberung» von 1'300 Tonnen Gold soll jährlich rund 700 Millionen Franken abwerfen.

Um die Tatsache zu verschleiern, dass die Stiftung unter Erpressungsdruck entstanden ist, verkauft sie der Bundesrat unter dem wohltonenden Zweck «Menschen in Not im In- und Ausland helfen und Armut und Gewalt bekämpfen». Doch der Bundesrat selbst verbindet die Stiftungsidee mit dem Thema Schweiz und Zweiter Weltkrieg. Damit ist es klar, dass die Stiftung international sofort als Schuldeingeständnis unseres Landes interpretiert würde.

Wir haben daher die «Goldinitiative» mit dem Ziel lanciert, die Erträge der überschüssigen Goldreserven der

Nationalbank – wenn schon – der AHV zukommen zu lassen. Denn Volksvermögen gehört dem Volk. Unser Hauptargument lautet: Die Goldinitiative bringt **eine sichere AHV und weniger Steuern!** Aus den rund 20 Milliarden Franken überschüssigen Goldreserven lassen sich bei einer Rendite von fünf Prozent jährlich

Erträge von 1 Milliarde erwirtschaften. Dies entspricht einem halben Mehrwertsteuerprozent, das zur Sicherung der AHV während mindestens zehn Jahren nicht erhoben werden muss. Fazit: Die Alten profitieren von einer sicheren Rente, die Jungen zahlen weniger Steuern. Das heisst: Wer gegen die Goldinitiative ist, will höhere Steuern – und lässt sich erpressen!

Der schwammige Zweck der Solidaritätsstiftung lädt zur Erpressung geradezu ein: «Die Stiftung trägt dazu bei, die humanitäre Tradition der Schweiz fortzuführen, sie unterstützt solidarisches Handeln im In- und Ausland und befähigt die jungen Generationen, verantwortungsbewusst die Herausforderungen der Zukunft anzugehen und zu meistern.»

Zum Thema Solidarität stellt die Auns klar: Die Schweiz leistet bereits jetzt (2002) eine überdurchschnittliche Hilfe im Ausland. So haben beispielsweise die Bundesausgaben für die «Beziehungen zum Ausland» von 1990 bis 2000 um 44 Prozent – von 1581 auf 2274 Millionen Franken – zugenommen, Tendenz weiterhin stark steigend. (Heute sind wir bei rund 3,5 Milliarden). Wir brauchen definitiv keine erpresste Solidarität!

Um die Stiftung zu retten, fabrizieren die Befürworter einen Gegenvorschlag mit einer Drittelslösung: Je ein Drittel der Golderträge soll der Stiftung, den Kantonen und der AHV zukommen.

Aber das Schweizervolk durchschaut die Taktik der Befürworter und lässt sich nicht über den Tisch ziehen. Am 22. September 2002 wird die unselige «Solidaritätsstiftung» mit einem Neinstimmen-Anteil von 51,8 Prozent und einem Ständemehr von 16 ½ zu 6 ½ Stimmen abgelehnt. Unser Hauptziel ist erreicht – trotz aller Schönfärberei und Propaganda von Seiten des Bundesrates, von Parteien, Politikern, Diplomaten, Hilfswerken, kirchlichen



Kreisen, «Kulturschaffenden», und trotz der Parteinahme fast aller Medien – insbesondere des Staatsfernsehens, des Staatsradios und des Ringier Konzerns.

Damit ist der über 5-jährige Kampf gegen die erpresste Stiftung beendet. Die Auns hat massgeblich zum Erfolg beigetragen. Mit dem Nein zur Erpressung ist auch künftigen Versuchen, mit dem Vermögen der Bürger den internationalen Weihnachtsmann zu spielen, ein Riegel geschoben. (Allerdings dürfen wir heutzutage nicht den Fehler machen, noch weitere Kohäsionszahlungen zu leisten.)

Die Goldinitiative wird hingegen trotz grossen Einsatzes der Auns, der SVP und Gleichgesinnter knapp abgelehnt. *(Hätte ein Ja resultiert, so hätten wir heute weniger Probleme mit der Finanzierung der AHV und der übrigen Sozialwerke.)*

*

Am 24. August 2002 präsentiert Nationalrat (und selbstredend auch Auns-Mitglied) **Toni Bortoluzzi**, Affoltern a. A., an der schweizerischen SVP-Delegiertenversammlung in Lugano das Konzept einer «**Prämiensenkungs-Initiative**», die im Rahmen einer vorberatenden Arbeitsgruppe entstanden ist. Ausgangspunkt ist die Tatsache, dass das Gesundheitswesen und die Krankenkassenprämien im Sorgenbarometer des Schweizer Volkes weit oben stehen. Die immer höheren Prämien stellen für immer mehr Familien ein gravierendes Problem dar. Bortoluzzi stellt fest: «Durch unnötige Staatseingriffe wird das ganze Gesundheitswesen ineffizient, und es findet wegen der staatlichen Lenkung und Planung

kaum ein Wettbewerb statt. Die durchschnittlichen Monatsprämien sind seit 1996 um 20 Prozent für Kinder, um 30 Prozent für Erwachsene ab 26 Jahren und um 40 Prozent für junge Erwachsene gestiegen. Eine Familie mit zwei Kindern zahlt heute eine Jahresprämie von fast 6'000 Franken.»



Toni Bortoluzzi

Leider habe der Bundesrat, so Bortoluzzi, kein Konzept («nicht einmal ein unbrauchbares»), vielmehr herrsche Ratlosigkeit. Der beste Beweis dafür sei der beschlossene Zulassungsstopp für Ärzte. Ohne den geringsten Hinweis, wie die Zulassung künftig geregelt werden solle, sei ein solches Berufsverbotsverbot für eine Berufsgruppe und letztlich auch für die Bevölkerung katastrophal.

Die Prämiensenkungs-Initiative hingegen ermögliche es den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern, über die Zukunft unseres Gesundheitswesens aktiv mitzubestimmen: «Sie will die Wettbewerbsgrundsätze in der Verfassung verankern; ein vernünftiges Mass an Regulierung schaffen; die Versicherungsleistungen flexibilisieren (individuelle Bedürfnisse können über Zusatzversicherungen abgedeckt werden); Vertragsfreiheit schaffen; die finanzielle Transparenz verbessern und den Staat in die Verantwortung nehmen», erklärt Bortoluzzi.

Damit ist ein Nagel für Verbesserungen in diesem wichtigen Bereich eingeschlagen. Bortoluzzi, der stets vom Grundsätzlichen ausgeht und die grossen Linien sieht, entwickelt sich im Parlament zum anerkannten Spezialisten im Gesundheitswesen und im AHV- und Vorsorgebereich. Die grosse Lücke, die er nach seinem Rücktritt Ende 2015 in Bern hinterlässt, ist bis heute nicht ganz gefüllt.

(Fortsetzung folgt)

Hans Fehr

KEIN MONOPOL DEM EU-SÜCHTIGEN MEDIEN-EINTOPF IN DER SCHWEIZ

Ich abonniere das «Schweizerzeit»-Magazin.
Preis bis Ende 2021: Fr. 30.–

Name/Vorname:

Strasse/Nr.:

PLZ/Ort:

Mail-Adresse:

Wenn Sie uns Ihre Mail-Adresse mitteilen, erhalten Sie zusätzlich kostenlos allwöchentlich unser aktuelles «Brisant» per Mail. Eine Weitergabe Ihrer Mail-Adresse findet nicht statt.

Datum:

Unterschrift:

Einsenden an: «Schweizerzeit», Postfach 54, 8416 Flaach,
Tel.: 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03
E-Mail: abonnement@schweizerzeit.ch

Die «Schweizerzeit»-Agenda

Mittwoch, 22. September 2021

Tagesausflug in die Schweizergeschichte
Morgarten – Schwyz – Altdorf – Silenen – Teufelsbrücke

Organisiert von der Schweizerzeit
Führungen: Jürg Stüssi-Lauterburg, Historiker
Fahrt mit bequemem Moser-Reisecar
Kosten: Fr. 150.– pro Person (inkl. Mittagessen)
Informationen und Anmeldung: www.schweizerzeit.ch

Büchertisch

BESTSELLER



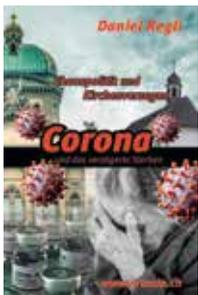
Der Superstaat

Von Bürokratie und Parteizentralen und wie man den schlanken Staat zurückgewinnt

Beat Kappeler

Dieses Buch ist der beste Wegweiser in der Debatte um das Verhältnis Schweiz-EU. Machteliten aus Brüssel wollen damit eine zentralistische, der Funktionärsherrschaft unterworfenen Staatsordnung, angelehnt an die EU-Bürokratie, durchsetzen – obwohl die bürokratische Gleichschaltung die Wirtschaft der EU immer weiter in Rückstand bringt gegenüber den USA und Fernost.

NZZ Libro/Schwabe, Basel 2020, 151 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 34.–)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit» Fr. 30.60



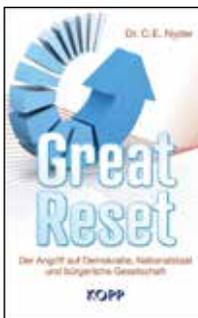
Corona und das verzögerte Sterben

Chaospolitik und Kirchenversagen

Daniel Regli

Der Autor nimmt kein Blatt vor den Mund: Immer klarer wird, dass die Entscheide der Bundesratsmehrheit und das kalt-schnäuzige (Miss-) Management des Bundesamts für Gesundheit (BAG) von Inkompetenz, Nachlässigkeit, Willkür und stolzer Sturheit geradezu strotzt. An den Folgen der mit Corona begründeten Zentralisierung der Macht bei Bundesberns Bürokratie dürften die Schweizerinnen und Schweizer noch jahrelang zu tragen haben.

Ortesio, Zürich 2021, 132 S., brosch., (Richtpreis Fr. 15.–)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit» Fr. 13.50



Great Reset

Der Angriff auf Demokratie, Nationalstaat und bürgerliche Gesellschaft

Dr. C.E. Nyder

Das Buch beleuchtet, was Klaus Schwabs Weltwirtschaftsforum mit dem von ihm ausgerufenen «Great Reset» anvisiert: Im Namen der international tonangebenden Classe politique, eng vernetzt mit der Funktionärselite internationaler Organisationen, wird die weltweite Zentralisierung von Wirtschaft und Staaten auf Kosten der Demokratie Schritt für Schritt umgesetzt.

Kopp, Rottenburg 2021, 384 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 32.50)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 29.25

AKTUELL

Freiheit in Deutschland

Geschichte und Gegenwart



Gerd Habermann

In der heutigen Schweizerzeit bespricht Robert Nef Gerd Habermanns Buch über das nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland Tatsache gewordene Bekenntnis zur Freiheit ausführlich. Dieses Freiheitsbekenntnis verhalf dem kriegsverwüsteten Land innert weniger Jahre zu unglaublichem Aufschwung. Heute ist Deutschlands innere Freiheit wie nie zuvor nach dem Zweiten Weltkrieg bedroht. Habermanns Buch ist damit auch Mahnung, erschienen genau zur rechten Zeit.

OLZOG/lau, Reinbek 2021, 284 S., geb., (Richtpreis Fr. 33.90)
Ihr Preis bei der Schweizerzeit Fr. 30.50

Unerhört

Esther Vilar und der dressierte Mann



Alex Baur

Esther Vilar, scharfzüngig und streitbar, drehte 1971 den Emanzipations-Spiess um. Nicht die Frauen seien die Opfer der Männer. Die Männer würden von den Frauen vielmehr ausgebeutet, ja, zur Arbeit versklavt. Der Weltwoche-Journalist schildert die fünfzig seither verstrichenen Jahre, geprägt von der Emanzipationsbewegung, geprägt von wiederholt treffsicheren Feststellungen Esther Vilars. Ein Sachbuch, spannend und unterhaltend zu lesen.

Elster & Salis, Zürich 2020, 141 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 22.–)
Ihr Preis bei der Schweizerzeit Fr. 19.80

Der islamische Totalitarismus

Beiträge von Udo Ulfkotte, Weihbischof Andreas Laun, Elisabeth Sabaditsch-Wolff u.a.



Hsg. Michael Ley, Christian Zeitz

Jener Faschismus, der Europa während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts heimgesucht hat, existiert nicht mehr. Die Autoren einer Neuerscheinung präsentieren indessen den Nachweis, dass der Faschismus von damals mit dem die erste Hälfte des 21. Jahrhunderts prägenden Islamismus eine Wiedergeburt zu erleben scheint – zumal der Islam die Trennung von Religion und Politik kategorisch ablehnt. Ein mehr als nur lesenswertes Buch.

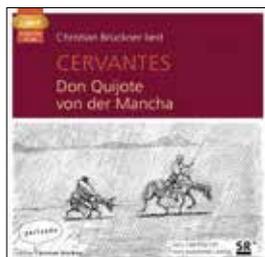
Gerhard Hess-Verlag, Bad Schussenried 2021, 233 S., brosch.,
Richtpreis Fr. 23.90
Ihr Preis bei der Schweizerzeit Fr. 21.50

Die Schweizerzeit liefert Ihnen sämtliche Bücher deutlich günstiger als zu den vorgegebenen Richtpreisen. Erfüllen Sie sich doch all Ihre Bücherwünsche via Schweizerzeit-Bücherdienst.

HÖRBUCH



Lieber zuhören statt lesen – unser heutiger Hörbuch-Vorschlag:



Don Quijote von der Mancha

Cervantes

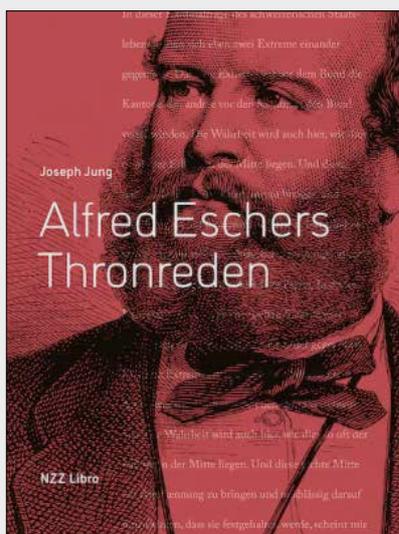
Welcher Redner spickt nicht seine Ausführungen mit Anekdoten aus den Abenteuern Don Quijotes? Wer aber hat dieses besondere Werk der Weltliteratur je gelesen – allenfalls auch nur auszugsweise?

Den Nicht-Lesern aber Häufig-Zitierern und allen anderen an Weltliteratur Interessierten kommt das Hörbuch mit dem Abenteuer-Roman von Cervantes entgegen. Don Quijote ist ein Bluffer der besonderen Art. Aber er übersteht immer wieder auf erstaunliche Weise Abenteuer, in die er aufgrund seiner Angeberei auf der Suche nach dem «wahren Rittersium» laufend gerät. Das Werk Cervantes' ist seines Umfangs wegen eine Herausforderung. Wer sich dazu die Zeit nimmt, wird dies allerdings nicht bereuen: Ein Unterhaltungsroman, der als Meisterwerk überlebt hat.

Parlando, gelesen von Christian Brückner, 4 MP3-CDs, Hördauer 48 Stunden (Richtpreis Fr. 41.50) Ihr Preis bei der Schweizerzeit: Fr. 37.40

Hörbücher: Bereichernde Unterhaltung auf langen Autofahrten und beruhigende Medizin gegen Stau-Ärger.

BUCHZEICHEN



Alfred Eschers Thronreden

Joseph Jung

Alfred Escher glich in all dem, was er im 19. Jahrhundert für die Schweiz politisch und wirtschaftlich geleistet hat, einem Titanen. Ein neues Buch vermittelt herausragende Reden dieses Rastlosen, dem die Schweiz die Gotthard-Bahn, die Eidgenössische Technische Hochschule, den

Finanzplatz Zürich und viel anderes zu verdanken hat. Dass heutzutage lautstarke Nichts-Leister, Escher irgend welche Verwandtschaft unterstellend, diese herausragende Figur im jungen Bundesstaat Schweiz zu verunglimpfen trachten, sollte erst recht zur Lektüre dieses hervorragenden, sorgfältig gestalteten Werks veranlassen.

us

Joseph Jung, Alfred Eschers Thronreden, NZZ Libro/Schwabe 270 S., brosch., (Richtpreis Fr. 39.–) Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 35.10

Bestellschein

Bestseller

- Beat Kappeler – Der Superstaat **à Fr. 30.60**
- Daniel Regli – Corona und das verzögerte Sterben **à Fr. 13.50**
- Dr. C.E. Nyder – Great Reset **à Fr. 29.25**

Hörbuch

- Cervantes – Don Quijote von der Mancha **à Fr. 37.40**

Buchzeichen

- Joseph Jung – Alfred Eschers Thronreden **à Fr. 35.10**

Aktuell

- Gerd Habermann – Freiheit in Deutschland **à Fr. 30.50**
- Alex Baur – Unerhört **à Fr. 19.80**
- M. Ley/C. Zeitz – Der islamische Totalitarismus **à Fr. 21.50**

Bestellung an:

«Schweizerzeit»-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach
Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch

Der «Schweizerzeit»-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln. Die Versandkosten für Sendungen bis Fr. 100.– betragen Fr. 8.–, Sendungen über Fr. 100.– sind versandkostenfrei.

(15/13.08.2021)

Name/Vorname _____

Strasse/Nr. _____

PLZ/Ort _____ Tel.-Nr. _____

Datum _____ Unterschrift _____



Sendungen jeden Freitag 21.00–22.00 Uhr auf «Schweiz5»

Freitag, 13. August 2021

Magazin

Ehe für alle – wo bleibt das Kindeswohl?

Anian Liebrand diskutiert mit Niklaus Herzog, Theologe und Jurist, und Daniel Frischknecht, Psychologe, Kantonsrat und Präsident EDU Schweiz

Freitag, 20. August 2021

Magazin

Pandemie: Schikane auf ewig?

Ulrich Schlürer diskutiert mit Nationalrat Andreas Glarner



Die nächste «Schweizerzeit»
erscheint am

27. August 2021

Schweizerzeit

Impressum

Herausgeberin: «Schweizerzeit» Verlags AG,
8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9
BIC: POFIGHBEXXX

Verlagsleitung: Ulrich Schlürer

Redaktion: Postfach 54, 8416 Flaach

Telefon: 052 301 31 00

Telefax: 052 301 31 03

redaktion@schweizerzeit.ch

www.schweizerzeit.ch

Leitung: Ulrich Schlürer, Hans Fehr

Mitarbeiter: Samuel Balsiger, Karl Eckstein,
Patrick Freudiger, Thomas Fuchs, Alex Grendelmeier,
Tis Hagmann, Hermann Lei, Anian Liebrand,
Markus Melzl, Charly Pichler, Thorsten Polleit,
Joël Thüring, Isabel Villalon

Finanzen, Organisation: Denise Betschart

Inserate: Markus Rezzonico, 079 332 61 61

Layout, Druck: Dietschi Print&Design AG,
Ziegelfeldstrasse 60, 4601 Olten,
T 062 205 75 75, info@dietschi.ch

Einzelpreis: CHF 4.–, erscheint 14-täglich

Jahresabonnement: mind. CHF/EUR 80.–

Die Toleranten boykottieren

David Zuberbühler ist ein junger, dynamischer Nationalrat aus Herisau in Appenzell-Ausserrhoden. 2015 gelang ihm Historisches: Er eroberte in der traditionellen FDP-Hochburg den einzigen Nationalratssitz für die SVP. Auch unternehmerisch ist «dä Zubi» im Appenzellerland schon längst eine feste Grösse: Er baute die von seinem Vater gegründete Firma «Zubi Schuhe» in den letzten Jahren stetig aus und beschäftigt heute 140 Angestellte – davon allein 100 in Herisau.

Zuberbühlers Firma gelang das Kunststück, sich in einem schwierigen, von Preisdruck dominierten Umfeld zu etablieren. «Zubi Schuhe» setzt auf lokale Verankerung, Qualität und besondere Kundennähe. Das kommt an: Die Parkplätze vor dem eindrücklichen Neubau-Verkaufsladen in Herisau sind meistens restlos voll, das Unternehmen floriert.

«Dä Zubi» ist aber nicht nur ein guter Unternehmer, er zeigt als Volksvertreter auch eine klare Haltung – auch wenn diese nicht dem «Mainstream» entspricht. Zuberbühler ist aus Überzeugung gegen die «Ehe für alle» und die Samenspende für lesbische Paare und engagiert sich aktiv im Nein-Komitee. Wegen dieser legitimen Meinungsäusserung, die er als freier Politiker tätigt, sieht sich Zuberbühler neuerdings mit einem Boykottaufruf aus

der «LGBT»-Szene (LGBT steht für nicht-heterosexuelle Kreise) konfrontiert.

Ein Aktivist aus Herisau ruft in den sozialen Medien dazu auf, explizit nicht mehr bei Zubi Schuhe einzukaufen, weil Nationalrat Zuberbühler «an vorderster Front» gegen die «Ehe für alle» kämpfe. Diese «Kauft nicht bei»-Aufforderung, der eine Vermischung von unternehmerischer und politischer Tätigkeit zugrunde liegt, ist ein weiterer trauriger Höhepunkt intoleranten Gebärdens einer Szene, die für sich gerne in Anspruch nimmt, gleiche Rechte und Toleranz einzufordern – aber grösste Mühe mit anderen Meinungen bekundet. Offenbar sind weite Teile der Schwulen-, Lesben- und Transsexuellen-Aktivisten ob der wachsenden Ablehnung der «Ehe für alle» derart nervös, dass jegliche Hemmungen fallen.

Zuberbühler und seiner Firma wird der Boykottaufruf trotz des ganzen Wirbels nicht schaden – im Gegenteil. «Zubi Schuhe» erfährt grosse Solidarität. Das sollte allen Mut machen, die sich nicht getrauen, sich auch zu vermeintlich «heiklen Themen» zu äussern. Wir brauchen mehr Persönlichkeiten wie David Zuberbühler. Rückgrat beweisen zahlt sich aus.

Anian Liebrand